

Kreife des Judentums und Sozialdemokratie
an dem Vorhandensein der Geheimorganisation ein großes Interesse hatten, angeblich, weil sie sich zum Kampf gegen wilde Streiks zur Verfügung stellten.

Anfang August 1921 sind Schulz und Tilleßen nach den weiteren Verhörungen des Angeklagten von München abgereist. Killinger genehmigte einen mehrwöchigen Erholungsurlaub, wiewohl jedoch nicht, ob es sich um drei oder vier Wochen gehandelt hat. Während der ganzen Urlaubzeit hat Killinger von den beiden Märdern keine Post erhalten, während andere Bekannte von ihnen Karten bekamen. Der Angeklagte begründet dies damit, daß er nicht so freundschaftlich mit beiden verkehrt habe. Erst am 28. August sei von den beiden der Tat Beschuldigten ein Lebenszeichen eingetroffen. An diesem Tage fand Killinger in seiner Wohnung einen von Tilleßen geschriebenen Zettel vor, in dem er aufgefordert wurde, in den Gnastischen Garten zu kommen. Dort soll eine ungewundene Zusammenkunft stattgefunden haben, wobei sich das Gespräch hauptsächlich auf die Organisation konzentrierte. Von dem Mord an Erzberger ist angeblich nur nebenbei gesprochen worden. Am Donnerstag des 29. August (Montag) waren Schulz und Tilleßen wieder auf dem Bureau des Angeklagten. Als der Letztere mittags nach Hause kam, fand er zwei Handzettel vor seiner Wohnung. Obwohl er von ihnen nichts gemerkt haben will, stellte er die beiden Redaktionen unter seinen Schreibtisch. Die Witrin löste bei dieser Gelegenheit über Unzufriedenheit darüber aus, daß das Unterstellen solcher Redaktionen öfter vorkommt. Schulz und Tilleßen sprachen noch am gleichen Tage in dem Bureau von Killinger vor, um ihm von der Abgabe der Koffer bei seiner Witvin Mitteilung zu machen, weil sie beabsichtigten, nach einige Tage ins Gebirge zu fahren. Der Angeklagte begründet diese persönliche Unterredung damit, daß er allgemeine Anweisung gegeben hätte, Sachen der Organisation nicht allein in unbenutzten Privatwohnungen zu lassen. Am darauffolgenden Dienstag sollen Schulz und Tilleßen abermals zu Killinger gekommen sein, um ihm von der Veränderung ihrer Wohnsitze Mitteilung zu machen. Sie hätten gleichzeitig am acht Tage Urlaub nach Lindau am Bodensee. Den genauen Zeitpunkt der Abreise weiß der Angeklagte nicht. Ebenfalls ist ihm bekannt, wo das Gepäck war, als es in seine Wohnung gebracht wurde. Am 8. September reiste dann Tilleßen ab. Die Koffer waren bereits gepackt und in das von Killinger herbeigeschaffte Auto gebracht. Bei diesem Zusammenreffen hat Schulz von seiner Reise nichts erzählt. Nach der Behauptung des Angeklagten hat Tilleßen sich ebenfalls zu Schulz wegen dessen Farbe am Ohr gelagert.

„Du bist ja auch so gezeichnet wie der, den sie wegen Mordes an Erzberger tadeln.“

Den Gedanken, daß Schulz und Tilleßen die Mörder sein könnten, will Killinger nicht gehabt haben, obwohl er auch die Farbe kannte. Eine Freundin der beiden Attentäter, Frau Maria Ostermann-Spannau, hielt sich Ende August im Gebirge auf und handelte ein Telegramm an die beiden, daß sie 11.15 Uhr nachts in München eintrafen. Schulz und Tilleßen sandten bereits um 12.15 Uhr ein Telegramm zurück mit folgendem Text: „Können nicht an Bahn kommen, weil beide heute abreisen.“

Auf Antrag des Staatsanwalts werden dann Münchener Blätter verlesen, die am 1. September erschienen sind und Mitteilungen darüber enthalten, daß man Spuren der Mörder entdecken habe. Ferner wird der Brief von Schulz und Tilleßen verlesen, den sie am 8. Oktober 1921 an die Staatsanwaltschaft richteten und in dem sie es so darstellten, als ob sie lediglich verpflichtet wären, die Spuren des tatsächlichen Mörders zu verfolgen. Der Angeklagte gibt zu, daß die Organisation O in München sich „Bayerische Holzverwertungsgesellschaft“ genannt habe.

Nach 3 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt. Der Vorsitzende verliest zunächst einen Brief des Schulz an seine Mutter mit der Aufforderung, ihm seine Koffer und die von Tilleßen an die Adresse von Killinger zu übersenden, desgleichen auch die Postfächer. In dem Brief führt er weiter aus, er werde ihr Geld senden und ihr auch fernerhin mehr finanzielle Unterstützung leisten.

Da angeblich Landtagswahlen seien, solle sie beschleunigt werden. Die Delegierten sollen die richtige Partei, während die Demokraten die Judenpartei sei. Zum Schluss bittet Schulz seine Mutter, Briefe an Killinger nicht mit seinem Namen Schulz zu versehen. Killinger erklärt, er wisse nichts von der Sache.

Hierauf wird mit der **Zugensperre**

begonnen. Unter den für heute geladenen Zeugen befanden sich Reichstagsabgeordneter Dieck und Frau Erzberger. Abg. Dieck gibt eine Darstellung der Vorgänge, angefangen von dem Zusammenreffen mit Erzberger bis zu dem Augenblick der blutigen Tat. Er sei am Tage vor dem Mord in Griesbach eingetroffen. Am Morgen des Mordtages habe er einen Spaziergang mit Erzberger gemacht. Auf diesem Wege seien ihnen zwei junge Leute begegnet, an denen sie teilnahmslos vorübergingen. Ihr Weg habe sie bis zum Gauderer Hügel geführt, wo sie die Aussicht genossen. Die zwei jungen Herren seien ihnen dann aus dem Gehäc gelommen. Sehr bald hätten sie die Ueberzeugung gehabt, daß die beiden wieder hinter ihnen seien. Jedoch sei er der Meinung gewesen, daß sie in der gleichen Abicht wie Erzberger und er an die gleiche Stelle gekommen

wären. Dies Jahr fort. Ich machte plötzlich die Wahrnehmung, daß die beiden nach der Stimme Erzbergers Revolverläufe richteten und Schüsse abgaben. Sie haben beide von vorne geschossen. Dieser Moment hat gewisse Einzelheiten in der Erinnerung in mir geblieben. Ich erinnere mich noch, daß ich mit meinem Regenschirm dreinschlug und dabei einen Schuß ab bekam. Dann bin ich zu Boden gesunken. Ich habe dann noch weitere Schüsse gehört, hatte aber das Gefühl, daß es weiter entfernt war. Wie lange ich am Boden gelegen habe, weiß ich nicht. Nach einiger Zeit konnte ich aufstehen. Das erste, was ich sah, war eine große Blutspur, die bis an die Wohnung führte. Als ich dorthin ging, sah ich tief unten am Abhang Erzberger liegen. Ich ging einen kleinen Fußpfad hinunter zu ihm und bemerkte, daß er tot war. An der Wunde wurde ich von einem Gefäß der Angst überfallen. Ich suchte nach Menschen, um Hilfe zu rufen. Unterwegs begegnete ich einer Dame, unterrichtete sie und bat sie, mich zu begleiten. Im Kurhaus ging ich sofort zum Vater Saeda. Er schickte dann gleich die Schwester hin, die Frau Erzberger von dem Fall unterrichtete. Die Augen durchdrang die Lunge und löst mir noch im Körper. Ich habe sechs Wochen gelegen. Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärte der Zeuge, daß er die Täter noch gesehen habe, als er bei der Leiche lag. Die Täter hätten auf ihn herabgesehen und seine Angst erhöht.

Der Vorsitzende unterrichtete dann die Geschworenen an Hand von Kartenzügen über die Nordstraße. — Vertelbiger: Können Sie sich (Dieck) entsinnen, ob die beiden Ueberlebener an hatten? — Zeuge Dieck: Genau kann ich das nicht sagen.

Als nächster Zeuge erscheint Landwirt Otto Langher-Griesbach, der auslief, daß er im Wald beim Holzholen war und Schüsse gehört hat. Er war der Annahme, daß gewendet wurde. Als ich auf die Höhe ging, hörte ich ein Geräusch, als wenn Rehe durchs Gebüsch drängen. Als ich nach zwei Minuten auf die Straße kam, sah ich Blut und am Abhange einen Menschen liegen, von dem ich erst annahm, daß er schlief. Später bemerkte ich jedoch, daß er tot war und daß es sich um Selbstmord oder Raubmord handelte. — Der nächste Zeuge, Diensthelfer Michael Huber, macht ähnliche Aussagen. — Bezirksarzt Dr. Sartori-Oberfisch berichtet ausführlich über den Befund der Leiche und weist nach, daß Erzbergers Schädel durch zwei Schüsse vollkommen zertrümmert wurde. Außerdem trafen ihn Schüsse in der Unterleib, einer durch die Lunge und zwei Streifschüsse. Insgesamt sind acht Schüsse abgegeben. Der Sachverständige kommt zu dem Urteil, daß Erzberger eines unatürlichen Todes gestorben ist.

Hierauf wird die Beratung auf Donnerstag verlagert.

Eine Kaffeler Riesentundgebung für die Republik.

Die Sozialdemokratie läßt sich nicht zu Gewalttaten provozieren.

Kassel, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht). Der Tag, für den der feige Attentäter auf Wilhelmshöhe Scheidemanns Begräbnis hatte vorbereiten wollen, wurde ein Tag lauten Protestes der Kaffeler republikanischen Bevölkerung gegen die reaktionären Morde und Vordrohungen ein Tag des Triumphes der Deutschen Republik und der Freude über Scheidemanns Rettung. Von 12 bis 1 Uhr herrschte tiefe Arbeitsruhe. Die Straßenbahnen blieben auf der Stelle stehen, wie sie eben standen, die Maschinen stöhnten. Gas und Elektrizität verfliegen so weit, als die Ueberlandswelt Kassel reicht.

Um 4 Uhr war von der Sozialdemokratischen Partei eine große Demonstration auf dem Friedhofspark einberufen worden. Aus allen Straßen strömten die Menge auf diesem großen Platz zusammen, und Tausende reichten sich an Täufern und matrieten in glühendem Sonnenbrand auf dem Segen. Rote und schwarz-rot-goldene Fahnen hingen im Winde. Kassel hat noch niemals eine so gewaltige Kundgebung gesehen. Mehr als 40 000 Menschen hatten sich versammelt.

Genosse Hauschild gestellte unter stürmischer Zustimmung, was gemeine Attentat. Er wies nach, daß es sich um ein neues Glied der internationalen Attentäter der Rechtssozialisten handelt. Dann schildert er Scheidemanns politisches Wirken vor dem Kriege, während desselben und nach dem Kriege, insbesondere auch Scheidemanns Kommunalpolitik als Oberbürgermeister von Kassel eingehend. Niemand habe begründeten Anlaß, nach der sozialdemokratischen Mehrheit und nach Scheidemann mit Steinen zu werfen. In welchen Reden über das Attentat? Jamer und immer wieder sei in diesen Tagen gesagt worden, nun müßte Gewalt gegen Gewalt gesetzt werden. Er habe volles Verständnis für diese Auffassung, für die tiefe Erregung und Leidenschaft, welche die Massen durchzittert. Aber demnach sei die Leidenschaft der allerhöchste Berater. Man verbinde weitere Attentate gegen republikanische Führer nicht dadurch, daß man leidt unter die Attentäter gehe. Uns ziemt nicht der Bistruß rebellierender Massen. Nur als letzte, denkende Menschen, die ein Köhler fähig voraussetzt werden, können wir die Republik schützen, sie demütig ausweiten und den Sozialismus aufbauen. Der Appell an die Gewalt sei der Nährboden des Anarchismus und Militarismus, zu dem die Reaktion Deutschlands zurückzuführen möchte. Wir wären Toren, wenn wir uns auf diesen Boden

drängen ließen. Mit anderen Mitteln müßte viel mehr erreicht als bisher erreicht werden. Vor allem gelte es, sich zu bekennen, was eine geschlossene Organisation der arbeitenden Massen leisten könnte. Blicken wir doch zurück auf die Jahrzehnte sozialdemokratischer Betätigung vor dem Kriege. Trotz Juntentum, brutalen Militarismus und unfähigem Polizeiregiment hätten die deutschen Arbeiter schon im alten Staate mehr erreicht als die Proletariate aller anderen Staaten. Jetzt hätten wir die Pflicht, der Welt zu zeigen, was man aus der Republik machen kann. Sie muß und wird demokratisch, sozialistisch ausgeweitet werden, wenn wir uns alleamt auf den besten Teil unserer Kraft bekennen. Je schneller das deutsche Proletariat zur sozialistischen Einheitsorganisation, zum geschlossenen Handeln kommt, umso rascher ist die Reaktion zu absoluter Bedeutungslosigkeit verurteilt, und umso höher sind wir vor allen Attentatsgefahren. Geschlossen, in einer Phalanx marschierend, bilden wir so einen starken Ball gegen alle reaktionären Anschläge, jedoch uns niemand zu widerstehen vermag. — Nachdem Hauschild noch einige positive Forderungen besprochen hatte, schloß er mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf die Deutsche Republik.

Dann bewegte sich die Masse unter wehenden roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen in unenblischem Zuge zum Kaffeler Rathaus, das ebenfalls im Schmut der Fahnen der Republik prangte. Unter stürmischen Hochrufen mußte Oberbürgermeister Scheidemann auf der Freitreppe des Rathauses erscheinen, um von hier aus zu den versammelten Zeitungslesern zu sprechen. Scheidemann führte aus: Ich sollte heute um diese Stunde eigentlich begraben werden. Mein gutes Herz und meine geliebte Lunge haben es mir aber glücklicherweise möglich gemacht, daß ich dieser gewaltigen Demonstration für die Deutsche Republik beiwohnen kann. Die Ursache der sich immer wieder wiederholenden Attentate liegt in der politischen Unreife der deutschen Arbeiterklasse. Im November 1918 hatte ich als Volksbeauftragter die Pressefreiheit zu erlangen. Tag und Nacht telegraphierte ich damals an die Arbeiter- und Soldatenräte, daß wir unbedingt die Pressefreiheit erlangen wollten. Diese Stellungnahme entsprach meiner Ueberzeugung. Nach dem aber, was wir jetzt erleben, muß man angefaßt der juristischen Verhältnisse, die in Deutschland herrschen, die Frage erheben, ob man nicht in bezug auf manche Dinge den reaktionären Bürgern Handhüllen anlegen sollte. Diese Anschläge auf Personen wie auf mich wären an sich gleichgültig, sie sind aber in Wirklichkeit gegen die Republik gerichtet. Deshalb können sie gar nicht ernst genug genommen werden. Wir haben zwar neue Gesetze, aber immer noch die alten Paragrafenbücher. Wir haben zwar eine neue Verwaltung, aber die alten verkrüppelten Geheimräte sind uns geblieben, die alles sabotieren. Nach dieser Richtung hin habe ich immer die schärfsten Maßnahmen gefordert und erkrum mich deshalb des besonderen Hasses der Reaktion. Es ist mir Lebensbedürfnis, für das schaffende Volk, dem ich mit Leib und Seele angehöre, zu arbeiten. Ich gelobe, daß ich es tun werde bis zum letzten Atemzuge. (Stürmischer Bravo!) Ich will nicht wiederholen, was vermutlich Genosse Hauschild schon auf dem Friedhofspark gesagt hat. Ich will nicht schildern, wie die Republik gefährdet ist; denn sie ist gefährdet, weil die Arbeiterklasse nicht geschlossen dahsteht. Die Arbeiterschaft findet sich immer erst dann in der Abwehr zusammen, wenn ein Unglück geschehen ist, so beim Kapp-Zug, nach der Ermordung Erzbergers, des Unabhängigen Garetis und jetzt nach dem Attentat im Habichtswald. Da muß sich doch jeder die Frage vorlegen, ob es nicht besser wäre, sich zu einigen, ehe ein Unglück geschieht. Es ist hier nicht der Ort, die Frage der Einigung zu debattieren, aber ich rate Euch, zu überlegen, was der Arbeiterklasse nützt, denn ich bin überzeugt, daß jeder einzelne einsehen lernen muß, daß wir die Einigkeit brauchen. Erfreulicherweise sind mir uns wenigstens in dem einen Punkte einig, daß die Republik, koste es, was es wolle, geschützt und gesichert werden muß. Deshalb wollen wir hier das Gelöbniß ablegen, bis zum letzten Atemzuge für die Erhaltung der Deutschen Republik zu kämpfen, und wir wollen dieses Gelöbniß ablegen mit den Worten: „Es lebe die Republik!“

Als das von Scheidemann ausgebrachte und von den Massen stürmisch aufgenommenen Hoch verlungen, gingen die Massen nach allen Seiten auseinander. Bewundernswert war die ausgeglichene, munterhafte Disziplin, die von den Massen während der ganzen Demonstration beobachtet wurde. Die von der Partei ausgegebene Parole, sich von Provokateuren, Spitzeln und Schreibern nicht zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verleiten zu lassen, wurde überall befolgt. So bedeutete der Kaffeler Demonstrationstag einen Ehrentag für die Sozialdemokratische Partei ganz Deutschlands.

Maßregelung der französischen Kommunisten durch Moskau.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale befahte sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit der französischen Kommunistischen Partei. Trotz erhalteter Bericht und erklärte sich mit der politischen Haltung der französischen Kommunisten nicht einverstanden. Auf seinen Vorschlag wurde beschlossen, an die Kommunistische Partei Frankreichs die Forderung einer radikalen Veränderung ihrer Politik zu richten. Insbesondere soll eine strenge Befolgung der Leitfäden der Kommunistischen Internationale anbefohlen werden.

Solibat.

Namen von Joh. Ferch.
(Katholik verboten.)

Pfarrer Weinhart konnte das Volk, dessen politischer Führer er seit zwölf Jahren war. Sein Sitz in der Nationalversammlung war einer der höchsten, seine Beliebtheit in den demokratischen Gesellschaften zu sehr vergrößert, als daß politische neue Ideen sie hätten erschüttern können. Des Wahrspruches Anlaß, das die Härte des Bauern bis in die tiefsten, nichttragend blühenden Augen zeigte. Ihm geriet; das maßlose Fahren mit dem Wagen, welches, ausreicht lebenden Hauswachs auf dem breiten Rasen, ein Bild unerschütterlicher Kraft. Die Begier dieses Mannes traten, wenn sie ihn einen Herrscher im Reichthum der kirchlichen Herrschaft ließen. Wie er ihn der Kampf zum Unbegreiflichen im Worte hin. Er blieb während bis in die Ermögung des letzten Gebens hinan, mit dem er die Pfarre leitete und seine politischen Aufgaben lenkte.

Der Kooperator kannte die außerordentliche Beliebtheit des Pfarrers, die ihn besonders vergrößert wurde, wenn dieser ein Anwesen zur Ehe verband, das in der höchsten Höhe der Jugend vor dem Geis stand, der es um Hauptstücke bestieg; dies von ihrem Blute.

Der Pfarrer unterwarf das Stützen des Kooperators, als er einen Gedanken schlüsseln, bemerkte:

„Was haben wir nicht eine Beförderung wegen einer Anwesenheit, der Sie bezeichnen können, Herr Kooperator. Die Kirche hat nicht einen Pfarrer, der Sie bei der Zeit nicht man nicht überlassen, aber auch nicht überlassen.“

Ich sagte zu, obwohl er nicht dem politischen Reichthum von Ständen zu sein. Er verließ jedoch die Kirche in sich, um sich zu dem Pfarrer keine Unzufriedenheit erweisen zu lassen. Er hat es in den vergangenen Monaten des Dienstes im Worte, gehalten, wenn gleich es ihn in der letzten Zeit wehmüthig drückte, eine Beförderung seines Dieners in dieser Richtung zu geben.

Das fand ich auch sehr sehr Zeit, da es zu einem Ständchen werden würde, das nach den Regeln der Kirche des Pfarrers begeben.

Ich der Logik der Pfarrer, der Kooperator ein neues Leben, da es nicht einer neuen Kirche zu geben.

schritt, vor der er jedesmal in einem festlichen Aufkommen seines Inneren zurückkehrte. Er ähnelte vor dem Bild des Verfalls eines Menschen, den die menschlich menschlich sich anerbende Angst vor dem Dunkel des Todes umlagerte, eine Frucht, die nur leben der Trost des Priesters können konnte. Alle Schrecken der Hölle und der Beschuldigungen des jüdischen Gottes, die im Leben er an das Ohr der in das Gehirn des Sterbenden gedrungen waren, wollten um diesen Senger und machten ihm den Abschied vom Leben ganz schwer. Nur selten löste die ergebene Gewissheit in erlösenden Augen.

Der junge Priester fragte sich nach solchen Stunden, ob es nicht die Religionen im sich immer christlichen Reichthum von Gottes Wort verstanden, daß der Lebenshöhe die Schrecken eines ganzen Lebens entwände. Die Lebenshöhe sollte im Anstehen des Lebens von wunderbarer Verzerrung in Gottes Liebe und Güte sein und in der Harmonie der höchsten Seele und des milden Körpers des Sterbenden in einer letzten Ruhe aufstimmern lassen.

Die Bilder des Sterbens, die Schrecken der Angeklagten schienen sich mit dem Lebensleben des geliebten Gegenstandes zu verbinden, um ihm den Bestehung zu einem Reiz zu gestalten. Er erinnerte sich, daß er eines Tages, nachdem er das kirchliche Stadium verlassen, weil er den inneren Widerstand gegen die Objektivität und des Stadiums zu zeigen nicht zu begehren vermochte. Jetzt wie ein furchtbares Erleben wählte in dem Kooperator der Gedanke, daß er an der Kopf des Priesters herabgelassen wäre, hätte er die Qual der Verurtheilten empfunden.

Er erinnerte sich, als er sich an dem Senger des Bestehenden wiederholte, während der die Bestehenden erlange. Das sollte nicht die Bestehenden werden die dunklen Schatten und Furchen für sich. Das Spiel der abendlichen Hände auf der Decke verlangsamte sich, die französischen Atemzüge trieben die abendlichen Bestehenden der Kraut in Entrüstung. Die Verurtheilten lachten in blühende Scherben, wodurch die wäckerne Rede doch nicht herbeizutreiben.

Am nächsten Morgen des Schicksals der Taueris und des schmerzlichen Bestehens der Kinder in das Schicksal. Die hundert Jahre zu Haupten der Kranke hatte wie von Angewandten empfunden.

Ich erobert sich, erkennen, die letzte Lösung, nicht geben zu können, da ungeschicklich das Ende der Bestehenden in der Unmöglichkeit eintritt würde.

Da öffnete der Kranke die Augen, sein harter Blick haßte in verzweifelterm Bangen nach dem Priester. Die Mienen zeigten das angelegte Suchen nach dem Entkommen des bei ihm Weilenden. Plötzlich geriet wie ein Blitz das wiederkehrende Gefallen die geistige Dämmerung des Mannes.

Er ließ heiser hervor:
„Hochwürden, muß ich ...“
Der beugte sich über ihn:
„Gottes Gnade wird Euch ...“
Der Sterbende mühte sich im Bestehen, sich aufzurichten. Er zögerte, während sich die Füße in der ohnmächtigen Kräfteanfreugung verzerrten.
„Ich will nicht sterben ... ich will leben ... leben!“
Nach ein aufgelandes Köheln, dann kam der Sterbende in sich zusammen. Leer und ausbrüchlos lachten die getrockneten Augen wie im letzten ekstatischen Stillsitzen dem Priester entgegen. Der drückte die wäckerne Lider zu, ordnete die Hände auf der Brust und rief die Angehörigen in das Zimmer.
Mit einem freiliebenden Wehruf warf sich die Frau des Gehehenen über den Leuten. Die Kinder lachten in funkelndem Schrei auf das sich rasch verführende Kniff des stillen Vaters.
Der junge Priester belachte laut vor sich hin. Dann taumelte er in das Sonnenlicht hinaus, umrauscht von der Lebensflut, die im Grün und in dem Liebe des Tages ihn umwohlt. Und es schien ihm, als lächelte er, der im Worte Gottes die Seligkeit des Paradieses pries, die Verkündung des Herrn der Herrscharen, die der Gläubige in ewiger Freude schauen dürfte und dem irdischen Jammertal.
Er trat erst im Pfarrhof ein, als die politische Konferenz im Zimmer des Pfarrers schon dem Ende zuneigte. Mit leisem Grub ließ er sich auf einem Stuhl im Hintergrund nieder, mit erschütterndem Knien der fünf Bauern begrüßt, die aufmerksam dem Pfarrer lauschten, der mit seiner heiligen Stimme loben wollte.
Der eine Senger der Kirche entsetzt, wird niedergeworfen. Wir haben die Bodenrücken im eigenen Lager ausgegallert, nicht leicht sein leichter Kampf, obson er schwerer erschien, als er sich nachher gestaltete. Aber Kalenangriffe? Reere Kräfteveränderung!

Der Großbauer Kittinger, eine politische führende Größe des Kreises, hatte und sagte sehr bescheiden:
„Solibat, in der Stadt liegt man ein anderes, ge...“

Verhärfung der Lage im russischen Hungergebiet.

Kannibalismus und Seuchen greifen um sich.
Der tschechoslowakische Delegierte Brabec, Vertreter Ransens in Tschechien, hat dem internationalen Hilfskomitee für die Hungernden Russlands mitgeteilt, daß die Lage äußerst kritisch ist. 85 Prozent der 1300 000 Seelen betragenden dortigen Bevölkerung leide Hunger. Die Fälle von Kannibalismus häufen sich. Der Flecktyphus greife schnell um sich, auch die Cholerafälle würden zahlreicher. Der medizinische Vertreter Ransens im Gouvernment Tschechien sei ebenfalls an Flecktyphus erkrankt. Brabec sei im Hungergebiet vereinsamt. Er ersuche dringend um sofortige Entsendung einer neuen Hilfsmission.

Die Zahl der Arbeitslosen in England.

die an sich schon ungeheuer war, ist zurzeit wieder im Steigen begriffen. Nach zuverlässigen Blättermeldungen aus Moskau gibt es augenblicklich in Petersburg 50 000 Arbeitslose, deren Anzahl zu den Arbeitsämtern zu einer allgemeinen neuen Registrierung der Arbeitslosen geführt hat.

Deutscher Lehrertag.

Die Tagungen des Deutschen Lehrervereins, der großen gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Lehrerschaft, dürften heute mehr als je das Interesse aller schulpolitisch interessierten Kreise beanspruchen. Bilden sie doch gewissermaßen das schulpolitische Barometer der Gegenwart; ungelimes Vormarschdrängen dort, wo Sozialisten Leitung und Taktik beeinflussen, zaghaftes Hin- und Herblicken innerhalb der von alterher liberalen Lehrenten und Lehrerschaft und ein sicheres Erkennen der reaktionären Kräfte, die unmittelbar nach dem Novemberumsturz hinwärtig schienen. Aber gerade darum bewies diese Tagung wieder ein Wert intensiver Mitarbeit der sozialdemokratischen Lehrerschaft innerhalb der „neutralen“ Gewerkschaft der 200 000 deutschen Lehrer, die nur ein stilles Radikalismus der Kräfte der Reaktion als Domäne überlassen kann. Denn selbst ein Schüler müßte erkennen, wie das Gewicht der besseren Gründe, das die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Lehrenten in die Waagschale zu werfen hatten, Haltung und Beschluß dieses Lehrertages entscheidend beeinflussten.

Den eigentlichen Beratungen ging am Pfingstmontag ein Begrüßungsabend

im großen Kuppelaal der Stadthalle in Hannover voran, für den der hannoversche Lehrerverein verantwortlich zeichnete — eine Verantwortung, die er gegenüber dem gesamten Lehrerverein nicht tragen kann. Denn das ohne Leitgedanken aufeinander abgestimmte Programm führte von religiösen Klängen zu einer Reitation der Dahnischen „Mette von Marienburg“, deren die unterzeichneten Chöre in einem die denkbar ungeeignete „Begrüßung“ für einen Verein war, in dessen Leitung sich Sozialdemokraten und Demokraten teilen und dessen Mitglieder auf Grund ihres Amtes im Geiste der Völkerverständigung zu wirken berufen sind.

Die

Berhandlungen lesst

Begannen am 2. Pfingstsonntage um 9 Uhr im „Neuen Kessel“ unter außerordentlich harter Beteiligung. Den Eröffnungsworten des Vorsitzenden folgte eine Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Genossen Heinrich Schulz vom Reichsministerium des Innern, die eine starke politische Note trug im Hinblick auf eine Reihe vorliegender Anträge. Nach einem Erwägen der künftigen Möglichkeiten im Rahmen unserer wirtschaftlichen Not fuhr Heinrich Schulz etwa fort:

Das Reich kann nicht vom grünen Tisch aus Vorschriften machen, sondern muß in gegenseitigem Vertrauen mit den Ländern zusammen arbeiten. Das Organ dieser Zusammenarbeit ist der so viel mit ganz falschen Gründen bekämpfte Reichsschulausschuß. Er ist keine Geburtsstätte zukünftiger Schulmaßnahmen, sondern ein Mittel, die gegebenenfalls viel schwerer zu lösenden tatsächlichen Bindungen im Einzelfalle zu vermeiden. Der große Gedanke der Reichsschulausschüsse darf nicht herabstinken auf das Niveau von Rühmlichkeitserwägungen.

Der Redner schloß mit dem bis dahin vermischten Hinweis, daß staatsbürgerliche Gesinnung — das erste Thema des Tages — im Sinne der Verfassung auch über das eigene Volk hinaus gehen müsse.

In Namen des Oberpräsidenten sprach Oberlehrer Güttele, im Namen der Stadt Hannover ihr Oberbürgermeister Genosse Reinert, der größere Freiheit für die Schulverwaltungen der Städte verlangte und warme Worte für die Notwendigkeit der Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten unserer Jugend fand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die mit stürmischem Beifall begrüßte Aufnahme des Deutsch-Österreicherischen Lehrerbundes in den Deutschen Lehrerverein.

Zum Thema:

Staatsbürgerliche Erziehung

spricht Lehrer Müller-Frankfurt (Main). Er untersucht das Wesen des Staates, des Sozialismus und Individualismus und kommt zu folgenden Forderungen:

Alle Unterrichtsfächer haben unbeschadet ihrer Eigenart nach Möglichkeit der staatsbürgerlichen Bildung zu dienen und den Unterricht in der „Staatsbürgerkunde“ vorzubereiten.

Auf der Oberstufe der Volksschule (7. und 8. Schuljahr) tritt als besonderes Lehrfach der staatsbürgerliche Unterricht auf, in dem volkswirtschaftliche, rechtswissenschaftliche und gesellschaftslehrende Stoffe im Anschluß an geschichtliche Erscheinungen oder an Erfahrungen und Erlebnisse der Schüler behandelt werden.

Von allen Lehramtsbewerbern ist in der Staatsprüfung bez. Nachweis staatsbürgerlicher Allgemeinbildung zu erbringen.

Zur Fortbildung der schon im Amt stehenden Lehrer sind Lehrgänge in den staatsbürgerlichen Wissenschaften einzurichten, die von Hochschullehrern abgehalten werden.

In der Diskussion wird namentlich die Fortführung eines besonderen staatsbürgerlichen Unterrichts als Lehrfach auf lebhafteste bekämpft und in der Abstimmung dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird eine Resolution Müllers-Stuttgart, die eine einheitliche Gestaltung des Schulwesens als Vorbedingung für einen gedeihlichen staatsbürgerlichen Unterricht erklärt.

Außerhalb der Tagesordnung wird eine Entschließung zum Reichsschulausschuss angenommen, die gegen alle Versuche protestiert, den einheitlichen Aufbau und die innere Ausgestaltung des deutschen Schulwesens „über den Art. 148 der Verfassung hinaus“ zu verhindern — trotz des lebhaften Einspruchs einiger bayerischer Lehrer, die auf dem Boden der konfessionellen Schule standen. Gleichfalls angenommen wird eine Entschließung, die die schnelle Reform der Lehrerbildung fordert. Hierbei erklärte ein nichtsozialistischer Debattebetreuer unter stürmischer Zustimmung der Versammlung, daß die deutsche Volksschule dort am besten aufgehoben sei, wo die Sozialdemokratie in der Regierung den Ausschlag gäbe.

In der Nachmittagsdiskussion sprach Lehrer Bernhardt-Weidbrunn in fast zweistündigen Ausführungen über „Die Kulturaufgaben des Volksstaates und die Volksschule“. Aus den mannigfachen praktischen Forderungen, die der Redner stellte, seien die folgenden wesentlichsten hervorgehoben:

Als normales System gilt allein die sechs- und mehrklassige Schule. Günstig gelegene Orte schließen sich zu einem Schulverbande mit normalklassigem System zusammen. — Die nicht normalklassigen Schulen müssen mit dem starren System der Altersklassen brechen und die auf geistige Verwandtschaft der Kinder begründete Arbeitsgemeinschaft als Form des Unterrichts wählen. — Anschließ der Volksschule an das höhere Schulwesen: nach der Grundschule durch die Mittelschule, nach der Volksschule durch die Aufbauschule; Weiterbildung und Vertiefung ihrer Arbeit erfährt sie durch Einführung eines 9. Pflichtjahres, durch Fortbildungsschulen und Aufbaufakultäten. Der Staat übernimmt sämtliche persönliche und sachliche Schulkosten.

Eine Entschließung des Hauptauschusses in diesem Sinne wird angenommen. Sie schließt mit den bedeutungsvollen Sätzen:

So sehr der D.L.V. von der Verbesserung durchdrungen ist, daß alle echte Bildung im Heimatboden wurzelt, muß er sich doch entschieden gegen Bestrebungen erklären, die darauf abzielen, die Kinder aus ländlichen Orten einseitig für die Verhältnisse des Landes und die berufliche Tätigkeit in der Landwirtschaft zu schulen.

Gewerkschaftsbewegung.

9. Verbandstag der Steinarbeiter.

(Schluß)

Silberschmidt (A.G.D.) wies die Anschuldigungen gegen die Antsterbamer Internationale und den A.G.D. zurück und zeigte, warum die wirtschaftliche Umwälzung der politischen Umwälzung nicht in gleichem Schritt und Tritt habe folgen können.

Die Schlußworte der Referenten, insbesondere das des Redakteurs Siebold, fielen infolge der scharfen Debatte ausföhrlich und offen aus und zeigten die Vorwürfe in jenes richtige Licht, in das sie des „zweiten Mannes Rede“ zu setzen vermag.

Dem Gesamtvorstand wurde gegen zwei Stimmen Entlastung erteilt. Ein Antrag bei der Zusammenstellung des Vorstandes die politische Gelinnung zu berücksichtigen, wurde einstimmig abgelehnt, dagegen einstimmig beschloßen, die Einheitsfront herbeizuföhren; außerdem wurden zwei Anträge dem Vorstand überlassen, der Verband mehr als Kampforganisation auszubauen.

Zum Tarifwesen wurde eine Resolution des Tarifbezernten Wunderlich sowie eine Reihe von Anträgen angenommen bezw. zur Berücksichtigung überweisen, die die Vorschläge zur Verbesserung der Tarifpolitik und der Schlichtungsordnung enthalten. Von zwei weiteren angenommenen Resolutionen enthält die eine einen Protest gegen die Verschöpfungstaktik der Unternehmer des Verbandes deutscher Granitwerke bei Tarifverhandlungen und verlangt Verhandlungen in den nächsten Tagen, die andere eine Aufforderung an die Kollegen des Eisenhandelsgebietes, mit allen Mitteln für die Einführung des Zettlohnes zu wirken.

Zur Redaktionsfrage wurde beschloßen, daß das Fachblatt sich mit politischen „Ständereien“ nicht befassen solle; zwei Anträge, den Druck des „Steinarbeiters“ aus der Leipziger freien Presse“ herauszunehmen und der „Leipziger Volkszeitung“ zuzuföhren, wurden in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Dann ging der Verbandstag auf die Entscheidung der Frage des Anschlusses an den Bauernverband über. Der Vorstand empfahl einmütig, von einer Verschmelzung Abstand zu nehmen.

Seine Resolution, die eine Verschmelzung ablehnt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 27 Stimmen angenommen. Es ist jedoch ein enges Kartellverhältnis zum Betrieb der Agitation und zur Föhierung von Lohnkämpfen zwischen Steinarbeiter- und Bauernverband anzubahnen. Ein Beschluß beauftragt den Zentralvorstand, den nächsten Anweisungen zur Föhderung der sozialen Baubetriebe zu geben.

In einem 1½stündigen Referat behandelte Redakteur Siebold „Die Lage der Steinarbeiter“ und „Die Berufsgesahren der Steinarbeiter“. Genosse Heinke vom Gewerkschaftsbund ergänzte die Ausführungen Siebolds und ging auf die Unfallgefahren ein und trat energisch für die Anstellung von Arbeiterkontrollleuten ein. Eine von ihm vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen, ebenso eine Sieboldsche Resolution, die den Zentralvorstand beauftragt, alle mit der grundsätzlichen Aufhebung der Steinarbeiter nicht in Widerspruch stehenden Versuche zur Behebung der Notlage der Natursteinindustrie zu fördern, jedoch das Streben jener Unternehmer zu bekämpfen, die das Wort von der Notlage in den Vordergrund rücken, um sich billige und willige Arbeitskräfte zu sichern. — Zur Bekämpfung der Gesund-

heitsgeföhderung wird die zeitgemäße Verringerung der Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter vom 31. Mai 1909 verlangt — für Steinarbeiter und Steinhauer, Lehrlinge und Jugendliche die gleiche siebenstündige Arbeitszeit in der Sandsteingewinnung und Verarbeitung das Verbot jeglicher Nachtarbeit; die Anerkennung der Entrichtung der Atmungsorgane, soweit es zu völliger Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit kommt, als Unfall im Sinne des Gesetzes; die Mitwirkung an der von der Regierung eingeleiteten Untersuchung über die Gefahren der Steinbearbeitung; erneuter Druck der Verbandsleitung auf die maßgebenden Körperschaften zur Anerkennung und Durchführung dieser Forderungen.

Als letzte Arbeiten wurden Beratung des Statuts, Wahlen usw. erledigt. Die Wahlkommission empfahl einstimmig die Wiederwahl des jetzigen Vorstandes. Ein Teil der Diskussionsredner schlug als 1. Vorsitzenden Schlegel-Göttingen vor. Bei der Wahl erhielt er 16 Stimmen. Gewählt wurde fast mit Einstimmigkeit der alte Vorstand einschließlich des Redakteurs. Die neun Gauleiter und der Aufsichtsratsvorsitzende wurden einstimmig neubesetzt. Vorort des Verbandsausschusses bleibt Dresden. Zu Delegierten zum Gewerkschaftstongreß wurden der Verbandsvorsitzende Winkler, Neumann-Hamburg, Stadler-Hannover, Moosmüller-Heppenheim, Kollwagen-München gewählt. Redakteur Siebold soll als Gast an dem Kongreß teilnehmen. Der Verbandsbeirat wurde aus Vertretern der verschiednen Berufsgruppen gewählt. Seidel-Dresden, der Sprecher der Statutenberatungskommission empfahl in ihrem Namen die Anträge des Vorstandes mit einigen Verrinderungen zur Annahme, und der Verbandstag beschloß demgemäß. Die Beitragsklassen werden dadurch um drei vermehrt, so daß auch der Lohn getroffen wird, der über den jetzt festgesetzten Stundenlohn hinausgeht. Die erhöhten Beiträge gelten ab 1. Juli, die erhöhte Streit- und Wagnisunterstützung gilt ab 31. Juli. In einem Flugblatt soll den ländlichen Bezirken die Notwendigkeit der Beitragserhöhung erläutert werden. Eine einstimmig angenommene Entschließung fordert die Einstellung des politischen Kampfes unter den Steinarbeitern, um so zur Einheitsfront zu gelangen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Ein Appell Winklers, im Geiste der Brüderlichkeit zu arbeiten, beschloß die Tagung.

Der Sieg des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Das Resultat der Betriebsräteahlen bei der Reichseisenbahn liegt jetzt endgültig vor. Danach erhielten bei der Stimmabgabe zum Hauptbetriebsrat der Deutsche Eisenbahnerverband 301 870 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahner-Verband 35 575, die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 45 272 Stimmen und die von den Kommunisten aufgestellte Liste der sogenannten revolutionären Betriebsräte 29 550 Stimmen. Bei den Wahlen zu den Bezirksbetriebsräten verteilten sich die Stimmen in anderer Weise, und zwar erhielt der Deutsche Eisenbahner-Verband 313 656, der Allgemeine Eisenbahner-Verband 35 614, die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 45 299 und die Zerplitterungsliste der „Revolutionäre“ 16 817 Stimmen. 76,24 Prozent aller abgegebenen Stimmen fielen auf den Deutschen Eisenbahner-Verband.

Die 25 Mandate des Hauptbetriebsrates verteilten sich danach wie folgt: D.E.V. 20, A.G.D. 2, G.D. 2, revolutionäre Liste 1. Der Deutsche Eisenbahner-Verband verzeichnet also einen Gewinn von 1 Mandat zum Hauptbetriebsrat, denn er war bisher mit 19 Mandaten dort vertreten, während A.G.D. und G.D. je 3 inne hatten. Der Deutsche Eisenbahner-Verband steht somit auch auf dem Gebiete des Betriebsratwesens innerhalb der Reichseisenbahn an führender Stelle. Alle Verleumdungen der im bürgerlichen Lager stehenden Gegner im Verein mit den Quertreibern „revolutionärer“ Maulhelden aus den eigenen Reihen vermöchten ihm den überragenden Sieg nicht streitig zu machen. Die Schlagsfertigkeit seiner Organisation und die Vernunft der Eisenbahnerarbeiterschaft machten alle Bemühungen der Gegner von rechts und — sozusagen — von links zu Schanden.

Aus der Herren- und Damenmähnderei.

Der 8. Nachtrag zur Reichstarkfortsetzungsgesellschaft ist vor einigen Tagen abgeschlossen worden, zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe und den Arbeitnehmerorganisationen.

Das neue Lohnabkommen tritt am 10. bzw. 11. Juni in Kraft. Der in Breslau für die Damenmähnderei abgeschlossene Ortstarif tritt am 10. Juni außer Kraft. Ueber das Ergebnis der Lohnverhandlungen haben die Parteien abzustimmen. Für die Damenmähnderei findet die Abstimmung Freitag, den 9. Juni, abends 6½ Uhr, im Gesellschaftshaus „Bratislamia“ statt, für die Herrenmähnderei am 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Wasserstand

vom 8. Juni 1922.

Ratibor	0,96	Breslau (Unter-Wege)	0,79
Krapitz	2,08	Kamker (Ober-Wege)	5,24
Kolitz	0,71	Wasser-Wege)	1,93
Stieg (Wasserkan)	1,74	Dobersdorf	0,89
Freiliebendung (Ober-Wege)	3,82	Treßden	0,54
Freiliebendung (Unter-Wege)	1,49	Wasserwärme: + 18,8°	
Breslau (Ober-Wege)	4,44		

Frauenhaare Kaufe dauernd

und zahle von 50 cm Länge an für Jahre Haare, ohne grau, für 1 g für Rühelhaare, graue und geringe je nach Beschaffenheit. **20 Pfg.**

Haarfarben von Haus zu Haus schide ich nicht, denn Menschenhaare dürfen nach Gewerbeordnung (Vollstg.-Bl. § 56 Abs. 2) nur am selben Wohnort im gleichen Gewerbe gefärbt werden. Wandergewerbetreibende werden nicht ausgeföhrt. Jeder Haarfärbler, der Menschenhaare färbt, macht sich strafbar. Durch seine Straftatverföhung schädigt er die Allgemeinheit.

Selma Kunath, Frauenhaarhandlung
Breslau, Schillerstr. 21, hptr.

Geschäftsstunde täglich von 8-6 Uhr abends.

755g

Die unüberhoffene
Qualitäts-

ist

HALPAUS

RARITÄT

Hotels : Cafés : Restaurants

Hotel-Restaurant Riegner
Königsstraße 4, an der Schweidnitzer Straße
Gute Küche / Pilsener und Kölsch-Biere

Café Tauentzien
Bes. F. Flahndorfer : Tauentzienplatz 16
Telefon Ring 4485
Vornehmes Familien-Café
Eigene Konditorei
Täglich ab 1/25 Uhr: Konzert

Theater-Café und Conditorei
am Kaiser-Wilhelm-Denkmal
Täglich Nachmittag 4 1/2 Uhr
Willy Neumann-Quartett

Konditorei und Café
Paul Pfeffer
Junkerstraße 16
Renommiertes Bestellgeschäft!

Konditorei und Café
L. Hirschlik
Reuschestraße 11-12
Telephon Ring Nr. 6276

Gustav Bader
BRESLAU I
Ohlauerstraße 32
Conditorei und Café
Bestellgeschäft

Conditorei und Café
Cari Obst
Neue Taschenstraße Nr. 1a
Ecke Schweidnitzer Stadtgraben


Konditorei am Karlsplatz 3
Bestellungen durch Auto frei Haus.

Conditorei Brunies
Inhaber: August Jacobi
Breslau, Junkerstraße 1-3 Ecke Blücherplatz
Gegründet 1834
Fernsprecher Amt Ring 547 Postcheck-Konto Breslau 3871

Bäckerei und Café
Vinzenz Adler
Nikolaistraße 71 Telefon 5715

Conditorei Lachmuth
Breslau, Büttnerstraße 34, gegenüber Kreuzberger
Angenehmer Familienaufenthalt


SCHAUBURG IDK
Die Theater der Unterhaltung

Reichshallen
Neue Schweidnitzerstraße 16, an der Gartenstraße
in nächster Nähe des Hauptbahnhofes und Theaters
Großer Mittagstisch
von 12-3 Uhr
Abends Konzert / Herrlicher Garten
Oekonomie: Stadtkoch Hubert Böhm

Mampe-Stuben
Hammerl 54, an der Schweidnitzer Straße Tel. Ring 223

Genossenschafts - Brauerei
Hubenstraße Nr. 44/48
Telefon Ring 1533
empfiehlt
Ihre wohlschmeckenden und bekömmlichen Biere

Schokolade **Jubiläumsmarke**
Schokolade **Edelhöfe**
alles vorant
Carl Schredowan, Breslau

Schlesische Fahrrad-Industrie
Essenlieferung / Werkstatt / Vernickelung
Fahrräder u. Motorräder
Zubehör
Nikolaistraße 69, Ecke Döbnerstraße
Matthiasstraße 2, an der Döbnerstraße

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz D. Ohne Gewähr

E. Breslauer
Damen- u. Mädchenmäntel-Fabrik

Modehaus A. Bielschowsky
Schmiedebrücke 29 BRESLAU Taschenstraße 3/4
Damen-Konfektion . Wäsche . Kleider . Blusen . Strumpfwaren
Großes Lager Billigste Preise Nur gute Qualitäten

Thüringia *Wipzau*
Landgräfin *Johann Wilhelms*
Wahlgraben *Junkerstraße 21* *Reinigungsanstalt*

R. Hauschner Nachf.
Inh.: Max Sacher
Nikolaistraße 16 17
Oberhemden Sporthemden Krawatten Arbeitshemden Monteurblusen Socken - Strümpfe

L. Prager, Albrechtstraße 51
Herren- und Knaben-Moden
Maßanfertigung eleganter Herren-Garderobe


29 Albrechtstr. Nachf.
DAMEN-U. MÄDCHEN-MÄNTEL-FABRIK
BRESLAU I. NIKOLAISTR. 8-9. TEL-RING NR. 1447

Abfahrt der Züge von Breslau-HB.
Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D. = Durchgangswagen.
W = Werktags; S = Sonntags.

Richtung Obergigk-Korsenz. Bahnhof 1. Obergigk 130 S und 210 W Trachenberg 1035 1150 Korsenz 515 W 625	Richtung Glogau-Stettin. Bahnhof 4. Stettin 510 735 Reppen-Berlin 1100 Cüstrin 535 Rothenburg 700 bis auf weiteres
Richtung Oels-Grarnbschütz. Bahnhof 1. Oels 415 Freyhan 518 526 900 Kreuzburg 608 Kattowitz 945 bis auf weiteres 975 Königshütte-Kattowitz 615 625 Namslau 1112	Richtung Mittelwalde. Bahnhof 4. Brünn 610 1020 608 Glatz-Kudowa-Landeck 705 1110 Glatz Strehlen 156 Mittelwalde 255
Vorortzug: Hundsfeld 335 W	Richtung Charlottenbrunn. Bahnhof 5. Gnadenfrei 335 211 600 Charlottenbrunn 610 1035 934 624

Galerie Lichtenberg | Kunsthandlung Th. Lichtenberg
Tanzenplatz 6 Junkerstraße 1/3
Monatlich wechselnde Ausstellung Reichs Auswahl in Wandschmuck in jeder Preislage


G. A. OPELT Knopfkönig
BRESLAU I, Junkerstraße 18
Knöpfe
Kurzwaren, Posamenten etc.
Gegr. 1812 Sämtliche Bedarfsartikel für die Schneiderei
Gürtel und Gürtelschlösser - Strümpfe und Handschuhe

Haus- und Küchenmagazin, feine Solinger Stahlwaren, Geräte für Garten und Landwirtschaft
Gebrüder Friedrich
Schmiedebrücke 24, Ecke Messergasse
Telefon Ring 2253
Is Werkzeuge für jedes Handwerk, Bau- und Möbelbeschläge, Ofenbau-Artikel

Metallbestellen für Erwachsene und Kinder
Kinderwagen, Klappwagen
E. Becker
Kupferschmiedestraße 4
Damen, Bettfedern, fertige Betten, Patent- und Polstermatratzen

Josef Jacobowitz, Breslau
Goldeneradgasse 17, Ecke Karlsplatz - Fernruf Ring 1427
Leinen u. Baumwollwaren, Fabrikation und Großhandlung, Wäsche- u. Schürzenfabrik

Kein Leinwand! **Holsteinische Margarine-Niederlage, Klosterstr. 20, Hof** Kein Leinwand!
Bill. Bezugsquellen für Margarine, Schmalz und Speisefette.
Kleinverkauf direkt in der Niederlage Klosterstraße 20. Hof. Auf Haus-Nummer 20 achten!

Glarenmühle H. Mühl & Co., Breslau X, Materialische 7
Weizen- und Roggenmühle
Telefon Ring 394. Bankkonto Debersch & Bielschowsky, Breslau I. Postcheckkonto Breslau 36924

Reinhold und Rudolf Kusch
Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
Breslau IX, Kleine Fürstenstraße 11 - Telefon Ohle 1125 - Postcheck-Konto Breslau 45033

Geschenke Kunstgewerbehaus „Schlesien“ Junkerstraße 9.

Haushaltsbedarfsartikel

S. Beyer Nachf.
Ohlauer Straße 60/61
SPEZIAL-GESCHÄFT
in Glas, Porzellan, Haus- und Wirtschaftsartikeln
Gegründet 1852

Siebert Machscheies
Lederwaren, Luxuswaren, Reiseartikel
Breslau I, Schweidnitzer Straße 8
Telefon: Ohle 6139

Pianos, Flügel, Harmoniums, erstkl. Fabrikate, höchste Vollkommenheit
Carl Quandt, Breslau I, Ohlauer Str. 45
Stimmen • Tel. Ring 10941 • Reparieren
MAßige Preise Zahlungserleichterung

Berndt Flügel u. Pianos
Ring 8 - Telefon Ring 686

Grosspletz Flügel, Pianos, Harmoniums
Schweidnitzer Stadtgraben 22, Telefon Ring 186

A. v. Tuschitzki Nachf., Klosterstraße 73
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte
Nawrath & Comp.
Möbelfabrik - Gartenstraße 86

Lebensmittel

Breslauer Wurstfabrik
G. m. b. H.
Breslau, Messergasse 25.

Schlächterelei u. Wurstfabrik
Fr. Glücksmann
Gartenstraße 37


NOBITZKI CACAO
vorzüglich im Geschmack
Größter Nährwert


Doppelte Freude!
Ölschlüsselle, braun und weiß, Salmiak, Terpentin-Seifenpulver,
kauft man am besten im Versandhaus bei
J. May sen.,
Büttnerstraße 6


KSV VORWÄRTS
Zeichnet
in allen Lagern und Gewerkschaftsbüros
Bauanteile zu 100, 200, 300, 500 Mk. oder höhere Anteile

200 Mark
Wer mehr Geld zur Verfügung hat kann höhere Anteile zeichnen
Helft uns in der Schaffung von Stätten zur Eigenproduktion!
Erwerbt die Mitgliedschaft:
Im „VORWÄRTS“
Neuaufnahmen
in allen Verkaufsstellen und bei den Funktionären

B. D. G. „Nordsee“ A. G.
Schmiedebrücke 19 - Neue Schweidnitzerstr. 5a
Fische en gros und en détail

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Sabstabend 7 1/2 Uhr im Zimmer 10: Vorstand, Abrechnung, Bezirksleiter: wichtige Sitzung.

Freitag, den 9. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Zimmer 10: wichtige Sitzung.

Freitag, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr: wichtige Sitzung aller Funktionäre, Elternbeiräte und Vertrauensleute im Lokal Uferstraße 26. Es muß alles erscheinen.

Freitag, den 9. Juni, abends 8 Uhr bei Zeule, Dener Straße 2, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Elternbeiräte und Mitglieder der freien Elternvereine.

Freitag, den 9. d. Mts., abends 7 Uhr, bei Klugner, Gallestraße 48, Sitzung sämtlicher Funktionäre und des Vergütungskomitees.

Freitag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Saale der Wilhelmstraße, Neudorfstraße 54: Beamtenversammlung. Tagesordnung: 1. Beamtenrückgehalt und Beamtenfragen im Reichstag. Redner: Reichstagsabgeordneter Oberpoltschaffner Seppel. 2. Verwaltungsreform in Preußen; Schulpolizei-Beamtengesetz. Redner: Landtagsabgeordneter Lehrer G a e r t l i g. Beamte, auf zur Versammlung!

Montag, den 12. Juni, finden wieder in allen Distrikten unsere Distrikts-Versammlungen

Neben einem interessanten Vortrag werden auch überall die bisher getroffenen Vorbereitungen zur Elternbeiratswahl besprochen werden.

Recht reges Agitation unter allen Parteimitgliedern zum Besuch der Versammlungen ist dringend erforderlich.

Die umgebrachte Wohnungs-Luxussteuer.

Die Not der Gemeinden in der Nachkriegszeit zwang insbesondere auch die sozialistischen Gemeindevertreter, sich nach immer neuen Steuerquellen umzuwandeln. Dabei verfiel man in zahlreichen Orten auf die Wohnungsluxussteuer. Zunächst fanden einer solchen gefehlte Hindernisse entgegen, die schließlich beseitigt worden sind. Man ging man in verschiedenen Gemeinden, so auch in Breslau, daran, die Steuer einzuführen. In Breslau, wo der Plan innerhalb der Partei- und unserer Stadtverordnetenfraktion lebhaft erörtert worden ist, kamen diese Erörterungen weniger rasch zum Abschluß, da hier infolge der großen Zuwanderung aus den verlorenen Gebieten und der Wohnungsbeschaffung alle Berechnungen besonders schwierig waren. In anderen sozialistisch regierten Orten, wo man mit den Vorarbeiten früher fertig wurde, mußte man erleben, daß die Bestätigung der Steuerordnung durch die Aufsichtsbehörde ausblieb. Monat um Monat wartete man darauf vergeblich. Jetzt hat nun der Reichsrat Richtlinien zur Erhebung der Wohnungsluxussteuer herausgebracht, die geradezu ein Hohr auf eine solche Steuer sind. Man denke: Bei einer Person bleiben mindestens drei Wohnräume frei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume! Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume! Eine einzelne Person kann innehaben: drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda; das ist kein Wohnungsluxus! Und das sagt man einem Volke zu sagen, das in Mietsteuern elend leidet und gelöstig verkommen muß, das in einem und in zwei Zimmern durchschnittlich zusammengedrückt ist!

Unter solchen Umständen hat es natürlich für die Gemeinden gar keinen Zweck, die Wohnungsluxussteuer einzuführen. Gemeinden, die sie schon beschlossen haben, verzichten darauf. In Breslau hat ein Sonderausschuß unserer Stadtverordnetenfraktion errechnet, daß eine solche Steuer etwa 3 1/2 Millionen Mark einbringen könnte, von denen die Verwaltungskosten abgehen. Viel ist das ganz gewiß nicht, aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. Und für vernünftige Kulturzwecke wäre das Geld ganz gut zu gebrauchen gewesen. Nach den Richtlinien des Reichsrats würde die Steuer fast überhaupt nichts mehr bringen. Zudem darf ihr Ertrag nicht beliebig verwendet werden, sondern nur zu Wohnbauzwecken. Nach dieser Richtung ist in Breslau indes bereits besser gefordert, indem derjenige, der ein zu beschlagnehmendes Zimmer nicht hergeben will, von der Herabsetzung befreit bleibt, wenn er die Mittel zum Bau eines gleichgroßen Wohnraumes hergibt.

Schuld an der bis zur Unmöglichkeit verhandelten Wohnungsluxussteuer sind natürlich die Frauen und Frauen, die bei allen Wahlen verlangen, und die kapitalistisch orientierten Parteien direkt oder indirekt unterstützen. Und dann klumpen man auf die Sozialdemokratie, weil sie nicht so durchgreifend, wie der eine oder der andere es sich denkt. Das nächste Mal bleibt man aus Dummheit erst recht wieder bei Wahlen zu Hause, weil man im „Generalanzeiger“ allerdings Hausbesitzerquatsch über unsere einzig richtige Wohnungspolitik gelesen hat. Solange nicht eine einzige Arbeiterschaft bei allen Wahlen das ganze Gewicht ihrer Stimmen in die Waagschale wirft, werden die kapitalistischen Kreise alle Laufen von sich abzuwehren wissen. Die Abwehr der Wohnungsluxussteuer ist dafür ein sinnfälliges Beispiel.

Die Mörderpartei.

Seit bequemlich die „Schlesische Zeitung“, ziemlich unaufrichtig zu versichern, daß den Anschlag auf Scheidemann „jeder vernünftige Mensch verurteilt“. Aber auch diese reichlich späte „Verurteilung“ erfolgt nur angeblich der Stimmung in der sozialdemokratischen Presse, die mit Recht auf die Deutschnationalen als die Mörderpartei hinweist. Die „Schlesische“ erwidert darin: „...eine widerliche Reklame für Scheidemann“, woraus sich als ein schon Schlässe ziehen lassen, wie es um ihren Anschlag vor Verbrechen wirklich bestellt ist. Als nach vielen gelungenen Morden Czibergger an der Reihe war, und er nicht dem ersten Versuch unterlag, hätte man über sein unermessbares Fell. Bald darauf war Erzbischof wirklich tot. Scheidemann hat hunderte von Drohverwecheln erduldet. Das erste Attentat hat keinen Zweck erfüllt, und wieder hat die deutschnationale Presse nur Wohlwollen des unerwarteten Opfer, das nur einem Zufall noch das Leben rettete. Das nächste Mal wird es schon gelingen, Scheidemann

wirklich kalt zu machen, und dann kommt der nächste an die Reihe. Wer es sein wird, ist nicht einmal schwer zu erraten; man weiß ja, welchen Namen in der deutschnationalen Presse so fleißig erwähnt wird.

Nach Erzbischof's Mord schrieb die Rechtspreffe über Anebelung durch die Verurteilung des Reichspräsidenten. In Wirklichkeit war sie gar nicht zerschelt, denn sonst hätte sie ja nicht schreiben können. Die „Volkswacht“ ist geltend entgegen der Behauptung der „Schlesischen“ keineswegs für Ausnahmegehalte eingetreten; nur die Reinigung der nationalistischen Mörderpartei von allen anständigen Leuten streben wir an. Alle müssen wissen, daß die Deutschnationalen eine Partei bilden, in der Mörder geschütet und gebunden, Mörder ausgerüstet, und Mörder vor der verfolgenden Polizei verborgen werden, bis ihnen die Furcht ins Ausland getrieben. Und dieser auf den politischen Mord eingestellte Apparat arbeitet so vorzüglich, daß bisher noch kein Mörder erwirkt wurde. Wer nicht als Spießgeselle von Verbrechern gelten will, muß zwischen sich und diese Partei einen dicken Strich ziehen.

Wieviel „nationale Beamte“ gibt es?

Am 10. Juni kann man sie zählen, denn an diesem Tage sind die Anhänger der nationalen Beamenschaft zu einem „Ausflug“ nach Carlswitz — verbunden mit einem „gemütlichen Beisammensein“ — eingeladen. Viele werden es wahrscheinlich nicht sein, die sich ins alte Joch zurücksehnen.

Sammelt und spendet

für die

Lassalle-Erinnerungstafel

Der erste Mordmord in Breslau

In Breslau dürften in nächster Zeit Morde an der Tagesordnung sein. Der Mord, dem der Zigarrenhändler Herrmann in der Nacht zum Mittwoch im Hause Goethestraße 42/44 zum Opfer fiel, ist nur der erste dieser Art. Es handelt sich um die Kreise, die der „Schlesischen Zeitung“ und der „Tagespost“ nachsehen, aus der nicht nur die Mörder von Kleinmied und Rosa Lagenburg, von Erzbischof und Schottländer und neuerdings der Attentäter gegen Scheidemann entstammen, sondern die auch unter einander Mord und Totschlag üben. Im Kiliingerprozess können unsere Leser heute nachlesen, daß das Statut der Erhardt-Brigade lautet:

„Verstärker verfallen der Feme.“

Die Verfehlten aber halten auch gern Gegenfeme, und so mordet schließlich einer den anderen.

In dem jetzigen Breslauer Fall handelt es sich nicht um Erhardtbrüder, sondern um solche von Köpfbach. Der Mord geschah im Filialbüro der Köpfbacher. Der ermordete Herrmann hatte ein Konkurrenzunternehmen der Wache- und Schlichtgesellschaft eingerichtet, das nur mit deutschnationalen Leuten arbeitete. Zum Leiter war der Oberleutnant Meyer ausersehen, der seinerzeit in Schlüsselort im Schloße von Friedrich August residierte. Der Ermordete hat seinerzeit auch das Kapp-Unternehmen mit 10 000 Mark unterstützt. Fragt sich, warum er jetzt ermordet wurde? Die Untersuchung dürfte darüber bald Aufklärung geben; möglich ist, daß sich der Mörder im Welt, und damit auch in seinem Opfer geirrt hat. Jedenfalls handelt es sich um einen echten und rechten Mord innerhalb der Gesellschaft der Köpfbacher.

Der Polizeibericht sagt über den Mord folgendes:

Der Goethestraße 42/44 wohnhafte 25 Jahre alte Kaufmann Herrmann, der verheiratet ist, dessen Frau aber zu den Feiertagen verreist war, ist in der Nacht zum 7. d. Mts. in seinem Bett ermordet worden. Er ist in der Nacht zum 7. d. Mts. spät heimgekehrt und zwar in Begleitung eines Bekannten von ihm, eines Studierenden aus der Theologenschule, der bereits den Dokortitel führt. Beide Herren sind alsbald zu Bett gegangen, während der Fremde — wie er angibt — alsbald eingeschlafen sei, habe er nach im Bett die Zeitung gelesen. Morgens sei — so gibt der Fremde an — er mit der Empfindung erwacht, daß in der Nacht jemand an seinem Lager gewesen sei, ja ihn irgend etwas eingeklemmt zu haben, das ihn betäubte. Als er sich dann ermuntert habe und aufgestanden sei, habe er entdeckt, daß er tot in seinem Bett lag. Offenbar sei er auch betäubt und dann erstickt worden. Die Kriminalbeamten stiegen fest, daß er allem Anschein nach durch Juden in den von Mund und Nase erstickt worden sei, daß dabei aber ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden haben müsse, da er im Gesicht Spuren von Faustschlägen aufwies. Die polizeilichen Feststellungen ergaben, daß die Eingangstür mit Regeln und Sicherheitsstichloß verschlossen gewesen ist, daß die Schlösser auch unbeschädigt geblieben waren, dagegen war der untere Teil der Türöffnung ausgeschnitten und durch diese Öffnung soll der Mörder eingedrungen sein und auch seinen Ausgang genommen haben. Da die Tatumstände recht rätselhaft erscheinen, hat die Kriminalpolizei sich veranlaßt gesehen, den Schlaggenossen des H., den theologenschulischen Doktor, vorläufig in Haft zu nehmen. — Die Leiche des H. ist inzwischen in die Anatomie überführt worden und es wird heute die gerichtsarztliche Obduktion zur wissenschaftlichen Feststellung der Todesursache erfolgen.

Vom Oberversteckungsamt.

Dem Bahnunterhaltungsarbeiter W. mußte infolge eines Betriebsunfalls beide Unterschenkel amputiert werden. Im März 1921 starb er an Tuberkulose. Die Hinterbliebenenanwartschaft der Witwe wurden zurückgewiesen, weil der Tod nicht im Zusammenhang mit dem Unfall steht. Die ärztlichen Gutachten lauteten verschieden. Nach einem Gutachten war dieser Zusammenhang nicht ausgeschlossen, während ein Gutachten der Universitätsklinik bejahte, daß ein wahrscheinlicher Zusammenhang nicht bestände. Die Witwe legte gegen den ablehnenden Bescheid Berufung ein und führte vor dem Oberversteckungsamt aus, daß durch den großen Blutverlust der Körper ihres Mannes doch sehr geschwächt und empfänglicher für Aufnahme von Krankheitserregern geworden sei. Der Gerichtsarzt konnte in seinem Gutachten diese Auffassung nicht teilen und schloß sich dem Gutachten der Universitätsklinik an. Daraufhin wurde die Witwe mit ihrer Berufung zurückgewiesen, weil ein Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Unfall nicht nachzuweisen sei.

Vom Schlichtungsausschuß.

Gegen die Generalagentur der Arbeiter-Mitglieder Feuerversicherung war von der Hauptfürsorgestelle ein Antrag beim Schlichtungsausschuß auf Einstellung eines Schwerbeschädigten und Zahlung einer Buße von 10 000 Mark gestellt worden; die Agentur hatte zwar zwei Schwerbeschädigte beschäftigt, diese aber nicht bezahlt und kollektiv entlassen. Vor dem Schlichtungsausschuß führte der Vertreter der Generalagentur aus, daß der Vertreter im Einvernehmen mit dem Betriebsrat eingestellt werden und Anfertiger erhalten nach dem Reichsarzt 70 Prozent des vollen Gehalts. Der eine Schwerbeschädigte habe sich ungebührlich benommen, sei auch wegen Bettelns verurteilt. Ein anderer hätte 2400 Mark Gehalt verlangt, hätte also nur 100 Mark weniger als der Betriebsrat

bekommen. Ein dritter hatte im November 900 Mark Gehalt; hätte sich ebenfalls sehr ungebührlich gemacht und sei im Dezember fortgegangen. Durch Urteil des Kaufmannsgerichts mußte die Agentur ihm aber das Gehalt bis 31. März weiter zahlen. Als im März der Fürsorgestelle, welche eine unentgeltliche Bezahlung nicht dulden wollte, mitgeteilt wurde, daß 1050 Mark Gehalt gezahlt wurde, wurden die Verhandlungen wegen Anstellung eines Schwerbeschädigten abgebrochen. Der Vertreter der Hauptfürsorgestelle bezeichnete es vor dem Schlichtungsausschuß als unverständlich, daß man hier jemand einen Vorwurf daraus machen wolle, weil er vor mehr als 30 Jahren als Handwerksbursche auf der Walze beim Betteln erwirkt wurde.

Vom Schlichtungsausschuß wurde die Firma verpflichtet, binnen acht Tagen einen Schwerbeschädigten einzustellen. Von einer Bestrafung wurde abgesehen, weil hier keine grobe Fahrlässigkeit vorliegt; auch bezüglich des Gehalts läßt sich nichts machen, weil nach dem Reichsarzt 70 Prozent für Anfänger und auf Proze Eingestellte vorgeesehen sind.

Die Unterbringung der Schwerbeschädigten.

Die Zahl der Schwerbeschädigten, die keine Beschäftigung finden konnten, ist jetzt im Laufe der Zeit wohl etwas kleiner geworden — viele sind auch durch den Tod von ihren Leiden erlöst worden — aber noch immer sind nicht alle untergebracht, so gern sie auch arbeiten möchten. Dies scheint vielfach noch am Widerstande so mancher Arbeitgeber, die, obwohl nach dem Gesetz zur Einstellung eines Schwerbeschädigten verpflichtet, wenn sie mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, doch allerlei Schwierigkeiten machen, um sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsverletzte hat hier keine leichte Aufgaben zu lösen und ist oft gezwungen, den Schlichtungsausschuß anzufragen, um die widerwilligen Arbeitgeber zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen. Es sei nicht unerwähnt, daß manche Arbeitgeber wieder sozial denken und auch den Schwerbeschädigten in jeder Weise entgegenkommen. In einem Falle ist es auch durch Vermittlung der Hauptfürsorgestelle gelungen, die Frau eines Schwerbeschädigten in eine in der Nachbarschaft unterzubringen; sie erlernt dort das Wäschewaschen und wird dann als Heimarbeiterin beschäftigt.

Nicht immer können gerade Fachleute der Firma zugewiesen werden. Ein großer Dienst wird aber manchmal auch dadurch erwiesen, daß sich die Fabrik wenigstens bereit erklärt, den Schwerbeschädigten in ihren Betrieben auszubilden. Sie kommen auch dabei nicht schlecht weg; denn während der Dauer der Ausbildung zahlt die Firma ja weniger Gehalt und die Fürsorgestelle trägt während der Lehrzeit zu den Unterhaltskosten bei.

So wurde auch kürzlich vom Schlichtungsausschuß der Inhaber der Buchbinderei Emil Fischer verpflichtet, einen Schwerbeschädigten in seinem Betriebe zur Ausbildung einzustellen. Herr Fischer wollte keinen Schwerbeschädigten einstellen, weil er keine ausreichende Arbeit mehr in seinem Geschäft habe und Kurzstunden einführen oder Leute entlassen müßte.

* Amtlicher Wetterbericht. Das Hochdruckgebiet über dem Festlande zerfällt. Deshalb nimmt die Neigung zu Gewittern weiter zu. Der Wind bläst veränderlich.

* Zeitweilige Verlegung der Straßenbahnlinie 6. Infolge der Straßenumgestaltung im Amentzahngebiet kann die Pflasterung der Talstraße zwischen Schwandliger Erdgraben und Lauensteinstraße noch nicht vorgenommen werden. Der Beginn der Arbeiten und die damit verbundene Umleitung der Straßenbahnlinie 6 wird nach bekannt gegeben werden.

* Zwei Verhandlungsbücher des Deutschen Bauarbeiterverbandes Nr. 87189 lautend auf den Namen Reinhold Weier verloren am 1. Feiertag auf dem hiesigen Bahnhofsplatz auf dem Hofplatz und Nr. 88360 lautend auf Egon Havemann. Abgegeben im Verhandlungsbüro des Bauarbeiterverbandes hier, Margaretenstr. 17. Meinort ist zugleich mit dem Buch die Briefkasten mit 200 Mark verloren gegangen.

* Gittlichkeitsvergehen. Es wurde beobachtet, daß zwei Männer einen etwa 15jährigen Jungen nach einem Gasthof lockten. Die Nachforschung ergab, daß die beiden in Höhe fasthöchlich an dem jungen Menschen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben; sie wurden festgenommen und als ein Kaufmann und Bäckergehilfe festgehalten.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteltagen der Direktionen.

Stadtheater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Wenn ich König wär“, mit den Damen Linsty, Dohs-Bühl und den Herren Abendrot, Jaber, Hohberg, Kuhl, Kuhn, Teubert. Musikalische Leitung Helmut Seidelmann. Spielführung Dr. Georg Paul. Freitag 6 Uhr „Götterdämmerung“. Sonnabend 7 1/2 Uhr: „Orpheus in der Unterwelt“.

Lobetheater. Die beiden Valetti-Gastspiele brachten dem Lobetheater einen sensationellen Erfolg. Heute verabschiedet sich Frau Valetti in der Rolle der „Fremden Frau“. Die Kartennachfrage ist außerordentlich reg.

Thalia-Theater. Heute findet im Thalia-Theater die Erläuterung von Molnars geistvollem und witzigem Spiel „Der Teufel“, unter der Regie von Wilhelm Lichtenberg, statt. In den Hauptrollen sind die Damen Berling, Wagner und Wellhoff, die Herren Lichtenberg, Warth und Wegn beschäftigt. „Der Teufel“ wird täglich wiederholt.

Schauspielhaus. (Operettenbühne.) Donnerstag „Die Geißel“. Freitag zum 40. Male „Der Tanz ins Glück“. Sonnabend zum 1. Male „Der Vetter aus Dingsda“ von Edward Künneke, dem erfolgreichsten Komponisten der Operette „Wenn Liebe erwacht“, mit dem Satavia-Porträt. Sonntag nachmittags „Die Hölzer-Christel“.

Schauspielhaus (Viktoria-Theater). Die Direktion hat sich das Anführungsrecht von R. Bernau's interessantem Bühnen-Sittenbild „R a u s s e l“ für Breslau gesichert, und wird dieses Bühnenerwerb auch Verdringung des erfolgreichen „Reigen“-Gastspiels in Szene gesetzt werden.

Bereinstalender.

Arbeiter-Seminar und Jungarbeiter. Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der Johannisballe, Johannisstraße, eine gemeinsame Übung der Kolonnen statt. Armbrunden, Leihen und Ausstattungsgegenstände sind mitzubringen.

Zentralverband der Arbeiter. 3. A.: Sack, Kolonnenführer. Donnerstag, den 8. Juni, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Deutsches Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Sack. Sonntag, den 11. Juni, finden früh um 10 Uhr bei Klotz in Rosenfeld, nachmittags 2 Uhr bei Speck in Jahnstraße, um 4 Uhr in Gaud im Hauptentrang, Bauarbeiter-Versammlungen statt. Die Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gegeben. Jeder Kolonne hat bei Nichterlangen zu erscheinen.

Versteigerung der Immobilien. Die Reichsversicherungsanstalt für Baden hat im Versteigerungsamt in Karlsruhe, am 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, folgende Immobilien der Sparkasse Nr. 10 versteigert:

Sozialdemokratischer Verein.
 Am Freitag, den 9. Juni cr., abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses zu Breslau beginnt unser diesjähriger Bildungskursus, und zwar mit dem

Ein Hüter des Gesetzes.
 Zu dem Artikel unter dieser Überschrift, den wir kürzlich brachten, sendet uns Herr Förster Kuno aus Klein-Schötitzen eine Berichtigung, in der er mitteilt, daß er bei der Hausführung des Müllers von dem in Schönitzen stationierten Landjäger nur als Zeuge mitgenommen worden ist. Im übrigen geht aus seiner Berichtigung hervor, daß der von uns gebrachte Bericht den Tatsachen entspricht, sofern er die merkwürdige Art der „Hausführung“ betrifft.

Aus der Provinz Schlesien.
Achtung Kommunalvertreter der Sozialdemokratischen Partei
 Seit April d. Js. erscheint im Verlage des Bezirksverbandes für Mittelschlesien ein

Kommunaler Ratgeber,
 der die Aufgabe hat, unsere Vertreter in Gemeinde und Kreis in die Kommunalpolitik einzuführen und zu schulen. Dieses Organ ist zum Unterrichte der anderen kommunalen Zeitungen lediglich für unsere rein ländlichen Verhältnisse zugeschnitten, darum empfiehlt es sich für alle im kommunalen Leben tätigen Parteigenossen, diese Zeitschrift zu abonnieren. Der kommunale Ratgeber erscheint monatlich zum Preise von 3 Mark pro Exemplar und ist zu beziehen durch das Bezirkssekretariat, Breslau I, Margaretenstraße 17, Zimmer 2.

Der Bezirksverband:
 J. H. G. Scholl, G. Jasotta.

Sozialdemokratischer Bezirkslehrtag.
 Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen für den Bezirk Breslau hielt am dritten Pfingstfesttage in Reichstein (Kreis Waldenburg) ihre diesjährige Bezirksstagung ab. Sie war von nicht weniger als rund 50 Lehrern und Lehrerinnen besucht, außerdem waren vertreten: die Regierung durch Regierungs- und Schulrat Wagner, der Kreis durch Landrat Schick, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch Abgeordneten Franz und Anzorg, die Landtagsfraktion durch die Abgeordneten Tiele, Gaerzig und Winzer, die Bezirksleitung durch die Genossin Jils, die Kreisleitung durch den Vorsitzenden Jappe und den Parteisekretär Mandel, die Breslauer Ortsleitung durch Genossen Winger, die Breslauer Elternvereinsleitung durch Genossen Gabriel, die „Schlesische Bergwacht“ durch den Genossen Wendemuth, die Kreisleitung Schmelzlin durch Parteisekretär Glante, die Jungsozialisten durch Genossen Scholz.

Die Eröffnung erfolgte durch zwei Lieber der freien Sängervereinigung Reichstein und einen Prolog der Arbeiterjugend. Nachher wurden folgende Beschlüsse angenommen: durch alle diejenigen Genossen, die die oben schon genannten be-

leit, zugleich aber auch volle Freude über den jetzigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung, sowie der freien Schule und der freien Kampfbewegung.

Den Vorsitz übernahm Rektor Genosse Schmidt-Breslau über den sozialdemokratischen Lehrtag in Hamburg, an dem er als Delegierter des Breslauer Bezirkes teilnahm. Er gab ein anschauliches, umfassendes Bild über die dort geführten Verhandlungen, die wir nicht nochmals zu behandeln brauchen, da wir jederzeit ausführlich darüber berichtet haben. Genosse Schmidt-Breslau als wesentliche Erfolge der Tagung heraus: 1. die Fortschritte der Pädagogik liegen in der sozialistischen Lehrerbewegung verankert, 2. das Ideal brüderlicher Solidarität wird von den sozialistischen Lehrern getragen.

Den Hauptberatungsgegenstand der Bezirksstagung bildete der Entwurf zum Reichsschulgesetz, der sofort nach Schluß des Referats behandelt wurde. Das Referat darüber hielt und ganzes aus: „Die jetzige Schulbewegung ist ein Akt auf dem Weg zum Kampf nicht durchgeführt wurde. Der vorliegende Entwurf beruht auf dem Weimarer Schulkompromiß. Dieser Kompromiß bedeutet eine Kultursünde und ist nicht zu loben, nur muß berücksichtigt werden, daß unserer Partei damals keine andere Möglichkeit blieb, nachdem es politisch mit dem Zentrum zur gemeinsamen Arbeit genötigt worden war. Aus dem Verhalten des Zentrums sollte unsere Partei manches lernen, namentlich was die strategische Ausnutzung der Macht angeht. Der vorliegende Entwurf ist kein pädagogisches Ideal und deshalb auch vom Deutschen Lehrerverein verworfen worden. Er beruht auf dem Artikel 146 der Reichsverfassung, aber in dessen unzulässiger Auslegung; der Artikel 146 will als Regel die Gemeindefiskalschule, als Ausnahme die Sonderlehre (konfessionelle, weltanschauliche); der Entwurf aber macht es umgekehrt ist also direkt ge-

widrig.“ Die Beratung im Reichstage ist über eine kurze Besprechung im Plenum nicht hinausgekommen; der hierauf mit der Beratung beauftragte Ausschuss hat es nur bis zur Beratung des Artikels 146 zum Konflikt kam. Der Entwurf steht als Notwendigkeit für die Einziehung von Sonderlehren vor: 1. einen entsprechenden Antrag der Erziehungsbehörden, 2. die Schaffung eines geordneten Schulbetriebes. Auch das wird vom Zentrum und von der Kirche überhaupt dahin ausgelegt, daß die bestehenden konfessionellen Sonderlehren ohne besonderen Antrag bestehen bleiben, also nicht erst wieder eingezogen zu werden brauchen. Es ist ja auch bezeichnend, daß über die Frage des „geordneten Schulbetriebes“ im Entwurf nichts gesagt, nielmehr der Ausführung durch die Länder überlassen wird. Damit ist die Frage der Kirche und Politik geworden, nicht die der Pädagogik zu sein. Hinter alledem steht die schwärzeste Kirchenreaktion, für deren Charakter charakteristisch genug ist, daß ein hirtentreuher deutscher Staatsbürger anständig, mit der Lösung: Elternrecht, Kirchenrecht und der Einzelne hat vor dem Staatsganzen zurückzutreten. In der Kirche selbst ist von diesem freien Elternrecht keine Rede, und deshalb muß hier mit angezogen werden. Im übrigen enthält die vorgelegene Konfessionsschule, so viele Fallstricke für die hier unterrichtenden Lehrer, daß die Kirche ihre ansehnliche Schule wird nur sehr wenig gelagt, und dieses Wenige ist noch recht schwammig, teilweise direkt fragwürdig. Die Haltung der Schule wird nicht von den Lehrern entschieden, sondern von den politischen Parteien. Deshalb müssen sich auch die Lehrer dem politischen Kampfe zuwenden, und das kann nur an der Seite der breiten Volksmassen, in Reich und Glied der So-

zialdemokratie, geübt werden. Sie hat uns im Dienste der Volksaufklärung und Volksbildung, damit es nicht noch einmal ein Weimar gibt.“ (Stürmischer Beifall.) (Schluß folgt.)

Großfeuer im Kreise Sindenburg.
 Ein Schadenfeuer wütete Mittwoch nacht in Groß-Pantlow Kreis Sindenburg. Auf bisher noch unbekannter Ursache war in dem Dorfe nachts Feuer ausgebrochen, das verheerend wirkte. Drei Gehöfte wurden durch das Feuer vollständig vernichtet. Nur mit großer Mühe vermochte die Wehr des verheerenden Elements Herr zu werden, und nach aufopfernder mehrstündiger Tätigkeit gelang es, den Brand zu löschen.

Deutschenflucht aus Oberschlesien.
 Meldungen aus Sindenburg zufolge durchziehen große Flüchtlingströme die Stadt. Alle verfügbaren Räume in den Betrieben sind für die Arbeitslosen beschlagnahmt und zu Massenquartieren eingerichtet.

In Kattowitz ist das Lager überfüllt. Täglich gehen mehr als 50 Flüchtlinge nach Deutschland. Die Summe der Vertriebenen, die sich bisher in Kattowitz gemeldet haben und hauptsächlich aus den Kreisen Pleß und Rybnitz stammen, hat im ganzen ungefähr die Zahl 14 000 erreicht. Ueber den heutigen Tag sind aus den Kreisen Rybnitz, Pleß und Rybnitz nur allgemeine Nachrichten eingegangen. In Rybnitz, Loslau, Gohrau und Nikolas waren Ueberfälle und Vertreibungen der Deutschen an der Tagesordnung. Einen ganz besonderen Eingriff leistete sich die polnische Apo in Rybnitz, die es fertig brachte, dem Werk der Injurigen die Krone dadurch aufzusetzen, daß sie die Vertriebenen bei Revisionen beschaffen und auch verhaften, einzelne Flüchtlinge zu verschleppen.

Unsere Wäute.
 Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	7.6.	6.6.
für 1 amerikanischen Dollar	287,01 W.M.	287,14 W.M.
• 1 englisches Pfund	1295,85	1279,35
• 1 französische Franc	26,26	26,22
• 1 holländischer Gulden	112,80	112,61
• 1 Schweizer Franken	55,26	55,18
• 100 österreichische Kronen	1,93	2,23
• 1 schweizerische Krone	5,53	5,61
• 1 dänische Krone	—	—
• 100 polnische Mark	—	—

DUNLOP
 Gummibereifung
 Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Familiennachrichten

Am 6. Juni verschied plötzlich und unerwartet die Frau unseres Kollegen, des Bewachungs-Aufsehers Richard Fassonge

Frau Walli Fassonge
 geb. Ditloff
 im Alter von 40 Jahren.

Ein ehrendes Andenken wird ihr stets bewahren

Das Personal der Abteilung Bewachung L.-H. W.

Beerdigung: Freitag, den 9. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Maria Magdalena-Friedhofes aus (alter Friedhof).

Trauerhaus: Mollwitzer Straße 10.

Am 5. Juni verschied plötzlich unser Mitglied, der Arbeiter

Julius Mayer
 im Alter von 56 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein.

Beerdigung: Freitag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlswitzer Friedhofes.

Trauerhaus: Treibitzer Straße 72. Markt-Platz 17.

Am 5. Juni verschied infolge eines Unfalles plötzlich unser Kollege, der Fahrer

Gustav Viol
 im Alter von 48 Jahren 6 Monaten.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Lokalbahn Breslau.

Beerdigung: Freitag, 9. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, von der neuen Halle des Ostlicher Friedhofes.

Freiwilliger
 Jochen Pöhl

Am 23. Juni ist in der Pöhl'schen Buchdruckerei in Breslau ein neuer Katalog erschienen, der über 1000 verschiedene Arten von Briefpapier, Postkarten, Visitenkarten, etc. enthält.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer Breslau
Mitgliederversammlung.
 Sonntag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltung Breslau.
 Sonntag, den 11. Juni, vorm. 10 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.

Versammlung
 aller Beschäftigten aus den Betrieben der freien Vereinigung Breslauer Maschinenfabriken (Kleine Maschinenfabriken).

Tagungsort: 1. Saal der Maschinenfabriken, 2. Schützenstraße.

Die Ortsverwaltung.

NR. Im 9. Uhr versammeln im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses Sitzung der Betriebskommission und Besprechungen mit dem Vorstand des Betriebskomitees und Ausschüssen.

Schneiderei IDK
 Nr. eine Vorrichtung 5 Uhr! 2 Vorrichtungen! 6 und 7 1/2 Uhr!
 Heute unwiderruflich letzter Tag!
 1 Teil - 10 Akte.

Dr. Mabuse, der Spieler
 Abmager: 2. mit Schall - 3 Akte.

391 In der Schauburg am 8. Uhr: 100 Bühnen-Gesellschaft „Kölnen“.

Rindfleisch
 Geizt. bestes fettes Doppelfleisch

100 kg	22,-
50 kg	21,-
25 kg	20,-
10 kg	18,-
5 kg	17,-
2 kg	16,-
1 kg	15,-

C. Großkopf, Mariannenstr. 15.

Frauen!
 Wenden Sie sich sofort bei fränk. monatl. Störungen

1908 nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Erfolge d. m. Präparate. Viele freiwillige Dankbriefe. Frau D. Jochheim: Heute habe ich mich Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein. Preis 25, extra frakt 40 Pf.

Gummiballen, Spülwasser, Beißflüssigkeit, Katalog gegen Rückporto. Frau M. Eichen, Breslau II, Gröbenstr. 9. Einmal 50 Pf.

Zu kaufen sei.
Altimetalle
 samt zu höchsten Preisen Freitag, Gueldeaustr. 4.

Grammophon
 2008. 2009. 2010. 2011. 2012. 2013. 2014. 2015. 2016. 2017. 2018. 2019. 2020. 2021. 2022. 2023. 2024. 2025. 2026. 2027. 2028. 2029. 2030.

Kleine Anzeigen
 sind kompakt gesetzt einz. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgeschäften u. a. nur vor Privat. jedes Wort 20 Pf., 1. 1. M.

Herberstein verkauft Refektorie 43, II. Etg. 420

Bitte bei allen Einkäufen stets die Supermarken unserer Zeitungen zu berücksichtigen

Arbeitsmarkt
 Tüchtige **Heizungsmonteuere**
 sucht für dauernde Beschäftigung

W. Zimmerstedt, Breslau 18.

Zum baldigen Eintritt ein tüchtiger **erster Maschinist**
 gesucht, welcher mit dem gesamten Maschinenwesen, elektrischen Betrieb und Kleinmaschinen, insbesondere in der Maschinenbau, durchaus vertraut und in gleicher Stellung tätig gewesen ist.

Ausführliche Bewerbungen, Zeugnisabschriften und Referenzen an **Brauerei zum Kuhbaum, Breslau I**

Rüschnergehilfen
 geübte Jaden-, Fattier- und Salantenarbeiter für sofort oder später für meine Werkstatt gesucht.

M. Boden, Ring 38.

Handformer
 für kleinere und mittlere Arbeiten und mehrere **Maschinenformer**
 stellt sofort ein

Reißer Eisenwerkerei u. Maschinenbau-Werkstatt Hahn & Koplowitz Nachf., Neisse-Naund.

Frauen und Mädchen,
 die Handarbeit verstehen, finden zu Stunden- bezw. Tagelohn bei voller freier Station oder vollem Depotat für Domizilium oder kleinere Wirtschaft

Die weibliche Abteilung des Arbeitsnachweises der Landwirthe-Kammer, Breslau II, Bahnhofsstraße 19.

Zeitungsträgerinnen
 für Gräbshener Tor, Innere Stadt und Nikolaitor

Crediten der „Volkswacht“, Jährl. 4/6.

Jüngere Bedienung
 tapferer gesucht

Der wahre Jakob
 Heft 2 - Mk.

